

„Politik in Brüssel muss sich ändern“

Philipp Wilhelm Kranemann,
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Interview mit Delara Burkhardt

Delara Burkhardt kandidiert für die SPD bei der Wahl des Europäischen Parlamentes 2019. Sie ist stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos und Politikwissenschaftlerin. Die SPD ist Mitglied der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) im Europaparlament.

Was ist Ihr persönlicher Bezug zur Asylpolitik?

Meine Oma ist mit ihren Kindern, unter anderem meiner Mutter, als Geflüchtete nach Deutschland gekommen. Ich spreche darüber nicht viel. Aber es prägt natürlich meinen Blick auf Asylpolitik.

Was hat Sie gereizt nach Brüssel zu gehen?

Für mich ist Europa die Heimat der Menschenrechte. Für viele Menschen ist Europa deshalb ein Sehnsuchtsort. Die Familie meiner Mutter ist aus dem Iran hierher geflohen, weil sie daran glaubte, dass Europa sie schützen wird. Ich verstehe, warum Menschen in Europa Freiheit und Sicherheit sehen, weil meine Familie sie hier gefunden hat. Momentan werden Menschenrechte – beispielsweise an den EU-Außengrenzen oder in Moria – mit Füßen getreten. Politik in Brüssel muss sich ändern, damit Europa humanitäre Asylpolitik macht. Ich möchte nicht, dass die Rechten entscheiden, wie es weitergeht in Europa. Das treibt mich an.

Warum sollten Wähler*innen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, bei der bevorstehenden Wahl die SPD wählen?

Weil ich mich, gemeinsam mit sozialdemokratischen Verbündeten und progressiven Kräften, im Europäischen Parlament dafür stark machen möchte, dass die EU eine Asylpolitik macht, die Menschen sichere Fluchtrouten ermöglicht und diejenigen stärkt, die Menschen mit Fluchthintergrund ein neues Zuhause geben wollen. Humanität statt Abschottung. Perspektiven statt Isolation. Dafür möchte ich mich stark machen.

Wie stehen Sie zur Initiative „Seebrücke“?

Ich unterstütze sie zu 100 Prozent. Ich finde es stark, dass in ganz Europa Menschen aufstehen und nicht länger zuschauen, wie Menschen vor den Küsten eines Friedensprojektes ertrinken, das sich Menschenrechte auf die Fahnen geschrieben hat. Ich war selber bei vielen Demonstrationen dabei, habe mich mit Initiator*innen vieler lokaler Gruppen bundesweit getroffen. Die „Seebrücke“ machte Druck bei kommunalen Entscheidungsträgern, beispielsweise haben sich ja Kiel, Flensburg, Lübeck und Sylt daraufhin zu sicheren Häfen erklärt und machen nun Druck, damit Seehofer und seine Kolleg*innen im Rat nicht mehr blockieren.

Ich möchte mich im Parlament dafür einsetzen, dass es diesen Kommunen möglich ist, Geflüchtete aufzunehmen. Gleichzeitig sollen sie durch einen europäischen Fonds finanziell unterstützt werden, um Infrastruktur, Bildung und öffentliche Daseinsvorsorge fit für die Zukunft zu machen!

Wie beurteilen Sie die Operation Sophia und wie sollte eine solche EU-Mission Ihrer Auffassung nach gestaltet sein?

Mit „Sophia“ hat die Europäische Union eine Militärmission zur „Bekämpfung von Schlepperkriminalität“ ins Leben gerufen. Anstatt eine Seenotrettungsmission zur Rettung von Menschen auf dem Mittelmeer zu finanzieren, kreuzen Kriegsschiffe vor der libyschen Küste, um den Schleppern ihr Geschäft zu erschweren. In der Praxis waren sie jedoch auch an Seenotrettung beteiligt. Die frühere Mission „Mare Nostrum“ war eine Seenot-

rettungsmission, die zumindest ein Mindestmaß an Hilfe gewährte. Daran sollten wir anschließen. Ich möchte, dass die EU zivile Seenotrettung organisiert und humanitäre Hilfe entkriminalisiert.

Der Schlüssel, um das Geschäftsmodell der Schlepper zu unterbinden, läge aber in der Hand der EU selbst: Die Schlepper können nur so lange Geld mit der tödlichen Mittelmeerüberfahrt verdienen, wie es keine legalen Wege zur Flucht nach Europa gibt. Offenbar besteht bei den Regierungschef*innen derzeit eine höhere Bereitschaft, Geld für unsinnige Militärationen aufzuwenden, als dieses Geld in die Rettung von Menschenleben, humanitäre Visa und Integrationsmaßnahmen zu investieren.

Wie ist Ihre Haltung zur Debatte um eine Reform des Dublin-Systems?

Das Dublin-System ist gescheitert. Es war und ist falsch, die Staaten an den EU-Außengrenzen mit der Verantwortung, Geflüchtete aufzunehmen, alleine zu lassen. Eine Reform kann Dublin nicht retten. Das Asylrecht ist eine gemeinsame europäische Aufgabe, die solidarisch erfüllt werden muss. Anstelle des Dublin-Systems soll ein solidarischer Verteilungsschlüssel für die Aufnahme Geflüchteter treten. Eine Verteilung von Geflüchteten in Länder, in denen menschenunwürdige Bedingungen herrschen, lehne ich ab. Kommunen, die Geflüchtete unabhängig vom Kurs ihrer jeweiligen Staatsregierung aufnehmen wollen, möchte ich finanziell dabei unterstützen, in Infrastruktur zu investieren.

Ein wichtiges Thema ist auch der Familiennachzug. Wie weit oder eng definieren Sie den Begriff der Familienangehörigen, die zu ihren Familien nach Deutschland nachziehen können sollten?

Wenn meine Oma vor 33 Jahren nicht ihre Kinder von Teheran nach Hamburg hätte bringen können, würde es meinen Bruder und mich gar nicht geben. Hätte meine Familie sich nicht gehabt, es wäre Ihnen nahezu unmöglich gewesen, ein neues Leben aufzubauen. Ich finde, Familienleben sollte für alle möglich sein. Die Familie ist das Herzstück aller Gesellschaften, sie wird vom Grundgesetz, aber auch im internationalen und europäischen Recht geschützt. Familienangehörige sind – auch nach deutschem Recht – mehr als die Kernfamilie. Eine gleiche Rechtsgrundlage zur Definition, was Familienangehörige sind, halte ich für geboten.



Wo sehen Sie Möglichkeiten, dem Rechtsruck in Europa entgegenzuwirken?

Endlich Deutungshoheit zurückgewinnen! Wir müssen deutlich machen: Nicht die Lösung vorhandener Missstände sind das Ziel von den Salvini, Kurz und Co., sondern die Durchsetzung ihrer eigenen Machtphantasien, ihrer menschenfeindlichen Ideologien. Ich möchte, dass Europa sich – gerade in der Migrationspolitik – seine Agenda nicht aus den Parolen von Rechtspopulist*innen diktieren lässt, sondern sich an seinen Gründungsprinzipien orientiert: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte. Wenn immer mehr Nationalstaaten innerhalb der EU von Rechtspopulist*innen regiert werden, müssen wir progressive Bündnisse schließen, um der Abschottungspolitik etwas entgegenzusetzen. Das Konzept der „Solidarischen Städte“ halte ich für sehr gut, um eine eigene Agenda zu setzen und die Aufnahme von Geflüchteten nicht mehr nur als „Last“, sondern auch als Gewinn für die Kommune zu framen. Neben der humanitären Pflicht, natürlich.

Wie sehen Sie die Zukunft der EU?

Es kommt drauf an, wer sie in Zukunft gestalten darf. Gewinnen die rechten Schreihälse und führen uns zurück in den Nationalstaat? Oder geben wir der EU neuen Schwung und neue Ideen? Klar

ist: In Europa muss eine Menge getan werden. Es geht nicht gerecht zu, wenn Großkonzerne weniger Steuern zahlen als der Buchhändler von nebenan, wenn über Nacht Milliarden mobilisiert werden können, um Banken zu retten, aber Millionen Jugendliche ohne Perspektive bleiben oder wenn Menschen, die Schutz suchen, ertrinken, obwohl es Städte und Gemeinden gibt, die sie aufnehmen wollen, dann haben wir eine Menge zu tun. Diese Dinge müssen aber nicht ausgegessen oder vertagt, sondern angepackt werden. Das möchte ich tun!

Delara Burkhardt

... tritt bei den Europawahlen 2019 für die SPD auf Listenplatz fünf an. Geboren wurde sie 1992 in Hamburg, aufgewachsen ist sie in Siek im Kreis Stormarn. Ihr Abitur absolvierte sie an der Stormarnschule in Ahrensburg. Danach folgte ein Studium in Politik und Sozialökonomie in Kiel und Hamburg. Sie arbeitet in einer Hamburger Kommunikationsagentur und ist stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos. Ihre Schwerpunktthemen sind Migrations-, Friedens- und Gleichstellungspolitik.